

Hohenstein-Ernstthal-Grünsthaler Tageblatt

Erscheint
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,40,
durch die Post Mk. 1,50 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

**Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruzschnappel, Grumbach, St. Egidien, Müttengrund u. s. w.**

Amtsblatt

**für den Verwaltungsbezirk des Stadtrathes zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.**

Nr. 23

Dienstag den 30. Januar 1900.

50. Jahrgang.

Bekanntmachung, Ziehinder betreffend.

Nach § 1 des Regulativs, das Ziehinderwesen in der Stadt Hohenstein-Ernstthal betr., haben alle hiesigen Einwohner, welche Kinder in Erziehung nehmen, gleichviel ob dieselben von hier oder von auswärts stammen, innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Aufnahme, Genehmigung hierzu beim unterzeichneten Stadtrath einzuholen und dabei die Geburtsurkunde des aufgenommenen Kindes vorzulegen.

Zuziehende Personen, welche Ziehinder bei sich haben, unterliegen ebenfalls den vorstehenden Bestimmungen.

Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind Adoptiv-, Groß- und Stiefkern.

Da die Anmeldungen theilweise unterlassen worden sind, fordern wir alle Pflegeeltern hierdurch auf, ihre angenommenen Ziehinder, unter Vorlegung der Geburtsurkunden, umgehend und spätestens bis mit

1. Februar d's. Jrs.

im Rathhaus, Meldeamt, Zimmer Nr. 5 zur Anmeldung zu bringen.

Nichtbefolgung vorstehender Bestimmungen ziehen die im Ziehinderregulativ festgesetzten Strafen nach sich.

Hohenstein-Ernstthal, den 25. Januar 1900.

Der Stadtrath.

J. W. W. Zeißig.

Die Entrichtung der Grundsteuer betr.

Der am 1. Februar laufenden Jahres fällige 1. Termin der Grundsteuer ist längstens bis zum 10. Februar cr.

an die hiesige Stadtsteuereinnahme — Rathhaus, Zimmer Nr. 2 — bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung zu entrichten.

Hohenstein-Ernstthal, am 29. Januar 1900.

Der Stadtrath.

Dr. Pöster,

Bürgermeister.

Gftr.

Die Flottenvorlage.

Der materielle Inhalt der dem Reichstag vorgelegten Flottenvorlage entspricht in den wesentlichen Punkten dem, was schon früher hierüber bekannt geworden war. Die Forderungen der Vorlage bedeuten eine Verdoppelung der Schlachtflotte unter Fortfall des Küstenpanzergeschwaders und eine Vermehrung der Auslandsschiffe. Wenn der Bestand, welcher in der Vorlage gefordert wird, erreicht ist, so würde die deutsche Flotte aus 38 Linienschiffen, 20 großen und 45 kleinen Kreuzern bestehen, wozu noch die im Geleitz nicht festgelegten Kanonenboote, Torpedofahrzeuge, Schul- und Specialschiffe treten. Das von der Regierung vorgeschlagene Geleitz selbst enthält keinerlei Bestimmung darüber, in welcher Zeit dies für die Verstärkung unserer Flotte aufgestellte Ziel erreicht werden soll. Aber in der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird als ein solcher Termin das Jahr 1917 bezeichnet. Das Jahr 1901 und die Jahre von 1914 bis 1917 sind bereits mit Ersatzbauten auf Grund des Flottengesetzes von 1898 außerordentlich stark belastet. Es wird deshalb vorgeschlagen, die geforderten Neu- und Ersatzbauten auf die Jahre 1902 bis 1913 zu vertheilen, was, da es sich um 46 große Schiffe (Neu- und Ersatzbauten) handelt, pro Jahr nahezu 4 Schiffe ergeben würde. Die Gesamthöhe der Kosten für Schiffsbauten und Armierungen wird von der Regierung auf 1600 Millionen, die für Hafen-, Werft- und Kasernen-Anlagen auf 261 Mill. geschätzt. Hierzu kommen noch die Steigerung des Pensionsfonds und die der Schulzinsen, da ein großer Theil der Ausgaben, nämlich 769 Millionen, durch Anleihen gedeckt werden soll, während der größere Theil der Summe aus den laufenden Mitteln bestritten werden soll. Die jährlichen Gesamt-Aufwendungen für die Marine würden von 169 Millionen im Jahre 1900 allmählich auf 323,5 Millionen im Jahre 1916 steigen. Zu dieser Berechnung der Regierung möchten wir freilich hinzufügen, daß mit einer Vertheuerung des Schiffbaumaterials und mit einer Steigerung der Arbeiterlöhne gerechnet werden muß.

Es handelt sich hierbei um einen weit aussehenden Plan und um ganz gewaltige Opfer, die von dem deutschen Volke verlangt werden. Gewiß werden die Forderungen der Regierung im Einzelnen einer kritischen und sorgfamen Prüfung Seitens des

Reichstags bedürfen, aber über die Nothwendigkeit einer starken Vermehrung unserer Flotte selbst kann kaum noch ernsthaft gestritten werden. Niemand kann bestreiten, daß die politische Constellation in den letzten Jahren eine wesentliche Aenderung erfahren hat, und zwar eine Aenderung nach der Richtung hin, daß Deutschland sich gezwungen sieht, sich auf der See zu einem Factor auszubilden, mit dem die anderen Mächte rechnen müssen. Durch die Besitznahme von Kiautschau, durch die Erwerbung der Karolinen und durch die Uebernahme Samoas ist Deutschland weit entschiedener als früher auf den Weltmarkt der Politik hinausgetreten und der rapide Aufschwung der deutschen Seeinteressen erheischt es gebieterisch, diesen verstärkten Interessen einen stärkeren Schutz angedeihen zu lassen. Aber auch der jüngste Conflict mit England hat, wenn er auch friedlich beigelegt wurde, doch gezeigt, daß unsere Flotte in keiner Weise ausreicht, um die deutschen Interessen zur See so zu schützen, wie es die Weltmachtstellung Deutschlands erheischt.

Zunächst ist auch unverkennbar die Zahl der quacksalberigen Gegner der Flottenverstärkung wesentlich gesunken. Nicht in letzter Linie hat hierzu der Umstand beigetragen, daß die Regierung von der Forderung Abstand nahm, den Flottenplan auf die Forderung von Jahren hinaus in Einzelnen festzulegen und somit das gesetzliche Staatsrecht des Reichstags zu verkürzen. Von dieser Forderung, die wir entschieden bekämpft hätten, hat die Regierung Abstand genommen und somit die Aussichten der Flottenverstärkung erheblich verbessert. Wenn sich der Reichstag auch grundsätzlich über den gesammten Flottenplan verständigen soll, so wird doch die Festsetzung der Mittel jährlich durch den Reichshaushaltetat erfolgen. Stimmen wir der Forderung einer erheblichen Vermehrung der Flotte grundsätzlich zu, so verursacht uns doch die Frage der Aufbringung der Mittel erhebliche Bedenken. Schon darüber wird ernsthaft diskutiert werden müssen, ob es angebracht ist, 769 Millionen Mark von den Flottenkosten auf Anleihen zu übernehmen, ohne daß in absehbarer Zeit eine Tilgung dieser Anleihen oder wenigstens eines Theils in Aussicht genommen wird. Eine solche Tilgung wäre aber nur dadurch möglich, daß das Reich sich einen neuen Steuerquellen eröffnet, wobei wir auf dem Standpunkt stehen, daß, wenn das Ziel will, auch die Mittel zum Ziel nicht scheitern darf. Als noch weit bedenklicher aber erscheint es uns, daß die Regierung

sich über die jährliche Steigerung der Mehrausgaben im Betrage von 11 Millionen Mark damit tröstet, daß diese Summe durch die jährliche Steigerung der Reichseinnahmen gedeckt werden wird. Mit einer solchen Zukunftsvision darf eine vorläufige Finanzwirtschaft nicht rechnen, und es muß schon bei der Beschlußfassung über die Flottenvorlage mit dem Fall gerechnet werden, daß ein Theil der Mehrausgaben für die Flotte durch Steuern zu decken sein wird. Da mit dieser Möglichkeit unbedingt gerechnet werden muß, verlangen wir, daß in das Geleitz die Bestimmung aufgenommen wird, wie schon in das Flottengesetz von 1898, daß die Beträge, welche durch die Einnahmen des Reiches nicht gedeckt werden, durch Erhöhung oder Vermehrung der indirecten, den Massenverbrauch belastenden Steuern gedeckt werden dürfen. Wir zweifeln im Uebrigen nicht daran, daß die Mehrheit des Reichstages, wenn sie sich, woran wir nicht zweifeln, über die Flottenfrage selbst einigt, sich ohne unüberwindliche Schwierigkeiten auch über die Deckungsfrage einigen wird.

Der Krieg um Transvaal.

England zu Boden geschmettert.

Das englische Kriegsamt hält sich weiter in Schweigen. Sowohl über die Vorgänge am Tugela wie über die Beisgabe des Spionkop, der angeblich von General Bullers Truppen genommen sein sollte, herrscht vollständiges Dunkel. Die Regierung hält alle einlaufenden Nachrichten einschließlich der unruhig erwarteten Verlautbarungen geheim und beschränkt sich darauf, durch Andeutungen über demnachst vom Parlament zu fordernde beträchtliche Militärausgaben die Entschlossenheit zur energischen Fortführung des bisher so gänzlich zum Nachtheil Englands verlaufenen Feldzuges zu bekunden. Das Kriegsministerium erläßt eine Bekanntmachung, die gestern veröffentlichten Verlautbarungen bezogen sich nur auf Bullers Brigade, welche am Kampfe um den Spion Kop nicht theilgenommen habe; sie seien also eine Zugabe zu den von Buller angeführten beträchtlichen Verstärkungen beim Kampfe um diesen Berg. Dies ist bisher die einzige und recht ominöse Aeußerung welche das Kriegsministerium seit dem Entressen von Bullers Depesche über den Verlust des Spion Kop gethan hat. Alle Nachrichten drüben aber davon hin, daß die Engländer eine schwere Niederlage erlitten hat, die auf dem englischen Kriegsministerium fand eine

schleunigst einberufene Sitzung des nationalen Berathungsraths statt, dessen Sitzungen bisher jedesmal nach einer Katastrophe des englischen Heeres stattgefunden haben. Die Beschlüsse dieser Versammlung sind nicht bekannt, indessen verlautet, daß neue Militärruppen aufgeboden werden sollen. Damit ist natürlich nichts geholfen; der Krieg in Südafrika ist aller menschlichen Voraussicht nach für England verloren.

In einem Stimmungsbilde aus London vom Donnerstag heißt es: „Man nahm allgemein an, daß im Augenblicke, wo Buller gefallt, der Angriff auf den Spionkop bereits begonnen habe und der Erfolg gesichert sei. Und nun verging die folgende Nacht und Tags darauf verrann Stunde auf Stunde, ohne daß die Meldung von dem „entscheidenden Siege“ eintraf. Die in schneller Reihenfolge erscheinenden Extraausgaben der Blätter gaben der allgemeinen Spannung und bald einer nicht mehr zu begrenzenden Erregung immer rückhaltloser Ausdruck. Es war 12 Uhr Nacht geworden und noch immer keine Nachricht als die einzige des Kriegsamts, es habe nichts mitzutheilen. Das schlug dem Haß den Boden aus und es war kaum Einer noch, der dieses Schweigen nicht als abschließend und als die Vorbereitung für die kommende Niederlage betrachtet hätte. Die Kommentare waren bitter und man erörterte sehr rückhaltlos die Konsequenzen dessen, was man bereits den Zusammenbruch nannte. Da fiel wie ein die Gesamtsitzung grell beleuchtender Blitzschlag eine Kabelmeldung in die erregt diskutirenden Gruppen. Sie kam aus New York und meldete, die dortigen großen Zeitungen in der 4. und 5. Avenue: und am Printinghouse Square schlugen soeben an ihren Telegrammataeln Meldungen an, nach denen die Engländer am Tugela geschlagen und ein furchtbares „Massacre“ erlitten hätten. „New York Herald“, „World“ und „Sun“ hatten gleichlautende Meldungen erhalten. Das war der Zusammenbruch. Die erregten Gemüther wurden plötzlich merkwürdig ruhig und bald war in den dichtgedrängten Räumen kaum noch ein lautes Wort zu hören. Das Kritifiren hatte aufgehört.“

Der „Local-Anz.“ führt aus: Uebermorgen wird das englische Parlament eröffnet werden. Es wäre schon gewesen, wenn die Thronrede melden könnte, daß nach der Eroberung des Spion Kop die Büren die Büren die Büren unter die Arme genommen hätten und sich in den Drakensbergen verstreut hätten; aber es hat nicht sollen sein. Seit dem Mai 1857 als die Nachricht eingelaufen war, daß ein Aufruhr der Seapoy in Herat auf die Eingeborenen